

Motion Tabea Rai und Angela Falk (AL): Motorisierter Privatverkehr führt in die Sackgasse – für mehr Sackgassen in Bern

Um Wege in der Stadt zurückzulegen, sind Autos für Privatpersonen praktisch kaum mehr nötig. Ausnahmen bilden beispielsweise Transporte von Menschen mit Beeinträchtigungen und Umzüge. Die Produktion, Nutzung und Entsorgung von Autos hat einen erheblichen negativen Einfluss auf unser Klima. Deshalb muss die Nutzung von Autos möglichst eingeschränkt werden, mit dem Ziel einer autofreien Stadt Bern.

Als erster Schritt in diese Richtung sollen in der Stadt Bern nur noch definierte Strassen durchgehend befahrbar sein.

Alle anderen sollen mit Hilfe von Pollern zu Sackgassen werden, so dass nur noch hinfährt, wer dort wohnt oder etwas anzuliefern hat.

Werden versenkbare Poller angewendet, welche von Rettungsdiensten bedient werden können, gibt diese Massnahme auch keine Einschränkungen für Notfälle. Die Poller sollen jedoch nicht von den AnwohnerInnen bedient werden können. Werden die Wege mit dem Auto länger und die Reisezeit mit Fahrrädern und öV kürzer, kann das Menschen von ausserhalb und von Bern selber dazu anregen auf ein Auto zu verzichten.

Um die Auswirkungen dieser Massnahme auf die Umweltbelastung, die Menge des Verkehrs und Lebensqualität zu beobachten und zu evaluieren, aber auch um allenfalls ungewünschte Nebenwirkungen identifizieren zu können, soll der Gemeinderat ein Quartier von Bern in einem Pilotprojekt von drei Jahren wie oben beschrieben gestalten. Als Beispielplanung liegt dem Vorstoss eine Karte von Bümpliz bei (rote Punkte: Poller, gelbe Strassen: Durchgehend befahrbare Strassen).

Sollten die Ergebnisse positiv sein, hat der Gemeinderat den Auftrag, dieses Modell innert fünf Jahren nach Projektabschluss auf die ganze Stadt auszuweiten.

Der Vorstoss fordert,

1. Der Gemeinderat plant ein Quartier von Bern verkehrsmässig so, dass mit Ausnahme von den Hauptachsen sämtliche Strassen durch Poller zu Sackgassen gemacht werden.
2. Die Auswirkungen dieses Projekts werden am Ende evaluiert und Chancen und Risiken des Modells bei einer Ausweitung auf das ganze Gemeindegebiet berücksichtigt.
3. Ist die Evaluation positiv, hat der Gemeinderat den Auftrag, das Modell auf die ganze Stadt auszuweiten.

Bern, 20. September 2018

Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Angela Falk

Mitunterzeichnende: Angela Falk